Wochenblatt

für Zschopau und Umgegend

Das „Wochenblatt für Zschopau und Umgegend, Zschopauer Tageblatt und Anzeiger", erscheint werktäglich. Monatlicher Bezugspreis 1.70 Mk. Zustellgeb. 20 Pfg. Bestellungen werden in unsr. Geschäftsst. von den Boten, sowie von allen Postanstalten angenommen

Zschopauer Tageblatt u. Anzeiger

Das Wochenblatt für Zschopau und Umgegend (Zschopauer Tageblatt und Anzeiger) ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Finanzamts und des Stadtrats zu Zschopau behördlicherseits bestimmte Blatt

Bankkonten: Erzgebirgische Handelsbank e. G. m. b. H. Zschopau. Gemeindegirokonto: Zschopau Nr. 41
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 42884 — Fernsprecher Nr. 712

Anzeigenpreise: Die 46 mm breite Millimeterzeile 7 Pf.; die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 25 Pf.; Nachlaßstaffel A; Nachweis 25 Pf.; Ziffernanzeigengebühr 30 Pf. zuzüglich Porto.

Organ für die Orte: Krumhermersdorf, Waldkirchen, Börnichen, Hohndorf, Wilischthal, Weißbach, Dittersdorf, Gornau, Dittmannsdorf, Witzschdorf, Scharfenstein, Schlößchen-Porschendorf

Nr. 177 — **Donnerstag, den 1. August 1935** — **103. Jahrgang**

Spannung in Genf

Völkerbund zur Schlichtung des Abessinienkonfliktes zusammengetreten

Schon die erste Vertagung.

Der Völkerbundsrat hat in seiner ersten am Mittwoch abgehaltenen nichtöffentlichen Sitzung beschlossen, Donnerstagnachmittag 5 Uhr wieder zusammenzutreten. In der Zwischenzeit sollen die unmittelbar interessierten Mächte, d. h. die Großmächte, zusammen mit Abessinien eine Formel über die Bedingungen der Fortsetzung des Schiedsgerichts und des Schlichtungsverfahrens finden. Die Vertagung erfolgte auf Antrag des französischen Ministerpräsidenten Laval.

In der Ratssitzung erklärte der italienische Vertreter, Baron Aloisi, seine Regierung betone nochmals, daß der Gegenstand der gegenwärtigen Ratstagung die Ermöglichung der Wiederaufnahme der Arbeit des Schlichtungs- und Schiedsausschusses sein müsse. Der Vertreter Abessiniens, Prof. Jèze, erklärte, seine Regierung habe den Zusammentritt des Rates verlangt, als am 9. Juli der Beweis erbracht worden sei, daß das Schiedsverfahren keine Aussicht auf Erfolg habe. Neben dem Schiedsproblem müßten dessen Begleitumstände in Betracht gezogen werden, insbesondere die Haltung der italienischen Regierung.

Es frage sich, ob man Zeit gewinnen oder zu einer sachlichen Lösung gelangen wolle.

Wolle man sich weiterhin auf Aussprachen über das Verfahren einlassen, die bisher kein Ergebnis gehabt hätten, oder wolle der Rat, wozu die abessinische Regierung gern bereit sei, nach einer friedlichen Lösung suchen? Im übrigen schloß sich der Vertreter Abessiniens dem Vorschlag Lavals an, in Verhandlungen zur Ausarbeitung einer Formel einzutreten.

Aloisi machte danach geltend, daß die italienische Regierung dem Schlichtungs- und Schiedsverfahren eine große Bedeutung beimesse. In ihm müsse festgestellt werden, wer am 5. Dezember in Ual-Ual der Angreifer gewesen sei. Der damalige Angriff sei der Ausgangspunkt des gegenwärtigen Streitfalles. Die italienische Regierung könne keine Aussprache auf breiterer Grundlage annehmen, solange die Arbeiten des Schlichtungsausschusses nicht abgeschlossen seien.

Mussolini: Kein Kompromiß!

Mussolini gewährte dem Mitglied der Französischen Akademie, Pierre Bénoit, ein Interview, das die Pariser Zeitung „L'Intransigeant" zum Abdruck bringt. Der italienische Staatsmann betonte dem Franzosen gegenüber seinen unumstößlichen Willen, im abessinisch-italienischen Konflikt keinen Kompromiß und keine zweifelhaften Transaktionen anzunehmen und schon jetzt den schlimmsten Möglichkeiten ins Auge zu sehen. Im Kriegsfalle sei der ungünstigste Fall für Italien, wenn ganz Abessinien einig hinter seinem Herrscher stände, aber diese Schwierigkeit habe Mussolini ebenso ins Auge gefaßt wie die Mittel, sie zu überwinden.

Er habe bereits viele Soldaten an den abessinischen Grenzen und er würde das Doppelte, ja das Dreifache und noch mehr hinschicken, wenn es nötig sein sollte.

Auf die Frage Bénoits, ob er sich denn nicht in Europa zu sehr entblößen würde, erwiderte Mussolini: Besorgnisse in dieser Richtung sind unnütz. Im September werde ich 800 000 Mann da verteilt haben, wo es an meinen europäischen Grenzen nötig sein wird, davon besteht die Hälfte aus motorisierten Divisionen. Wenn die Umstände es erfordern, werde ich bis zu einer Million gehen.

Ich werde nochmals einberufen im Notfall,

aber niemand, das versichere ich, wird Lust haben, sich zu rühren. Seien Sie überzeugt, daß ich die „Fischer im Trüben" kenne und daß ich alles in der Hand habe, was erforderlich ist, um sie zu hindern, sich ihrem Lieblingssport hinzugeben.

*

Wie das Pariser Nachrichtenbüro Havas aus Addis-Abeba meldet, stellt das abessinische Außenministerium die Meldung, wonach dem Kaiser von Abessinien ein Vorschlag zur Errichtung eines internationalen Mandats unter dem Schutz des Völkerbundes unterbreitet worden sei, in Abrede.

In amtlichen Pariser Kreisen glaube man im übrigen nicht, daß Abessinien einen derartigen Vorschlag annehmen werde.

*

Handels- und Freundschaftsvertrag zwischen Schweden und Abessinien.

Havas meldet aus Addis-Abeba, daß dortselbst am Donnerstag ein Handels- und Freundschaftsvertrag zwischen Schweden und Abessinien unterzeichnet werden wird.

Italien führt Staatsmonopol auf Kohle, Koks, Kupfer, Zinn und Nickel ein.

Dem amtlichen italienischen Gesetzblatt „Gazzetta Ufficiale" zufolge, ist mit dem 1. August der Einkauf im Ausland von Kohle, Koks, Kupfer, Zinn und Nickel unter Staatsmonopol gestellt. Mit der Durchführung des Monopols ist die italienische Staatseisenbahnverwaltung beauftragt worden. Es sind Übergangsbestimmungen erlassen worden, um keine Störungen der Versorgung und des Handels eintreten zu lassen.

Kaiser von Abessinien ruft Freiwillige auf.

Während in Genf die Großmächte auf der Abessinientagung des Völkerbundsrates bemüht sind, den Konflikt Italiens mit Abessinien in ein friedliches Fahrwasser zu leiten, besagen die Meldungen aus Rom, daß neue italienische Truppen- und Arbeitertransporte fortlaufend nach Afrika unterwegs sind. Aus Addis Abeba wird berichtet, daß der Kaiser von Abessinien, zugleich oberster Heerführer seines Volkes, mit seinen militärischen Beratern zu der Ansicht gekommen sei, daß Italien, das jetzt sechs Divisionen an den Grenzen Abessiniens zusammengezogen habe, mit seinem Angriff nur noch einige Wochen warten werde. Daher hätten in ganz Abessinien die Kriegsvorbereitungen begonnen.

Man rechnet damit, daß der Negus eine Armee von über eine Million Mann ins Feld führen könne, sobald es zum Kriege komme. Europäer aus Südafrika, alte Kolonialkämpfer, würden als Offiziere für die abessinische Armee angeworben. Wenn man sich über die Haltung der Großmächte auch nicht im klaren sei, so halte man es doch für eine Tatsache, daß Italien infolge seiner Vorbereitungen nicht mehr zurück könne.

Der Kaiser von Abessinien hat seinen Kapstadter Vertreter beauftragt, alle Europäer, die sich freiwillig zum Dienst in den abessinischen Streitkräften gemeldet haben, so schnell wie möglich nach Addis Abeba auf den Weg zu bringen. Die Europäer werden auf Kosten der abessinischen Regierung ausgerüstet und auf dem Luftwege nach Addis Abeba befördert. Die Kosten für jeden einzelnen dieser Europäer belaufen sich auf etwa 200 Pfund.

Finnländische Kriegsschiffe in Kiel.

Von Helsingfors kommend, trafen finnländische Kriegsschiffe, das Küstenpanzerschiff „Väinämoinen", das Kanonenboot „Haemeenmaa" und die Unterseeboote „Vetehinen" und „Iku-Turso" zu einem offiziellen Besuch im Kieler Hafen ein. An der Blücherbrücke im Kieler Hafen hatte sich beim Signalturm eine große Menschenmenge angesammelt. Gleich nach dem Festmachen der Schiffe begab sich der finnländische Konsul Arp an Bord des Küstenpanzerschiffes, und deutsche Pressevertreter hatten Gelegenheit, unter Führung eines Offiziers das Schiff zu besichtigen.

In der Kammer dieses Offiziers bemerkte man auch das Bild des Führers und eine Hakenkreuzflagge.

Im Laufe des Mittwoch fanden die offiziellen Besuche statt, denen die üblichen Gegenbesuche folgten. Am Donnerstag wird eine feierliche Kranzniederlegung am Marineehrenmal in Laboe durch die finnländische Marine und ein Empfang im Rathaus durch die Stadt Kiel stattfinden.

Warnung vor dem Zuzug von bedürftigen Nichtariern nach Berlin.

Der Städtische Nachrichtendienst der Stadt Berlin teilt mit:

In neuerer Zeit ist beobachtet worden, daß trotz der erschwerenden Umstände ein außerordentlich starker Zuzug von ortsfremden Personen, und zwar in der Hauptsache von jüdischen Elementen, nach Berlin stattgefunden hat. Da dieser Zuzug in jeder Hinsicht unerwünscht ist und den Maßnahmen der Reichsregierung widerspricht, wird künftig für neu zugezogene hilfsbedürftige Juden — auch für Familien — die Fürsorge ohne Ausnahme auf Anstaltspflege beschränkt und jede Unterstützung in offener Fürsorge versagt. Diese Hilfsbedürftigen werden grundsätzlich dem Städtischen Obdach zugewiesen und dort nur mit dem Notwendigsten versorgt, um schnellstens wieder abgeschoben zu werden. Es wird also vor dem Zuzug von Nichtariern nach Berlin auf das dringendste gewarnt.

Streikunruhen in Britisch-Indien.

Wie aus Bombay gemeldet wird, kam es in Mysore (Südindien) zu einem schweren Zusammenstoß zwischen der Staatspolizei und Streikenden. Die Polizei eröffnete das Feuer auf eine Ansammlung von 3000 streikenden Indern, weil sie glaubte, daß die Streikenden die Goldbergwerke und das Goldlager angreifen wollten. Ein Inder wurde getötet, drei Personen trugen Verletzungen davon. Die Streikenden setzten das Gerichtsgebäude in Flammen und beschädigten mehrere andere Gebäude.

35 Millionen für Volkswohnungen

Befreiung aus Mietkasernen und Notwohnungen

Reichsdarlehen bis zu 1000 Mark.

Das Streben der Reichsregierung, die unter besonders ungünstigen Wohnungsverhältnissen leidenden Bevölkerungskreise aus Mietkasernen und Notwohnungen aller Art zu befreien und sie, soweit möglich, mit dem Boden wieder zu verbinden, hat in den letzten Jahren mehr und mehr dazu geführt, die Kleinsiedlung in den Mittelpunkt der Wohnungspolitik zu stellen. Der Reichsarbeitsminister will aber neben der Kleinsiedlung auch die Errichtung sogenannter Volkswohnungen fördern und hat zunächst 35 Millionen Mark für Volkswohnungen bereitgestellt.

Volkswohnungen im Sinne des Ministererlasses sind billigste Mietwohnungen in ein- oder mehrgeschossiger Bauweise, die hinsichtlich Wohnraum und Ausstattung äußerste Beschränkung aufweisen, so daß die Lasten von den breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung getragen werden können. Entsprechend dem geringen Durchschnittseinkommen dieser Bevölkerungskreise soll

die Miete keineswegs ein Fünftel des durchschnittlichen Bruttoeinkommens übersteigen.

Einfachste Einfamilienhäuser als Doppel- oder Reihenhäuser mit Garten- oder Landzulage sollen vorzugsweise gefördert werden; jedoch ist zur Verringerung der auf eine Volkswohnung entfallenden Baukosten der Einbau einer zweiten (Einlieger-) Wohnung im Dachgeschoß unbedenklich. Einraumwohnungen sind von der Förderung ausgeschlossen, desgleichen Barackenwohnungen oder ähnliche nicht als Dauerbauten ausgeführte Wohnungen.

Damit tragbare Mieten erzielt werden, sollen die auf eine Volkswohnung entfallenden

Gesamtherstellungskosten — ohne die Kosten für Gelände und Geländeerschließung — grundsätzlich 3000 Mark nicht übersteigen.

Die Höhe der Reichsdarlehen beträgt bis zu 1000 Mark für eine Wohnung. Soweit die Wohnung der Unterbringung kinderreicher Familien dienen, sind besondere Vergünstigungen vorgesehen. Das Reichsdarlehen ist mit 4 v. H. jährlich zu verzinsen und mit 1 v. H. jährlich zu tilgen.

Bewerbungen um Reichsdarlehen sind an die Gemeinden oder Gemeindeverbände zu richten. Unmittelbare Eingaben an das Reichs- und preußische Arbeitsministerium sind zu unterlassen, da Einzelgesuche dort grundsätzlich nicht behandelt werden können.

SLUB
Wir führen Wissen.